



Piotr Womela

Projektkoordinator
der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

DER STREIT

UM DIE VERGANGENHEIT POLENS

ZWISCHEN KACZYŃSKI UND WAŁĘSA

Der Streit um die Vergangenheit Polens zwischen Kaczyński und Wałęsa

Polen ist zurzeit im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und bei der Lektüre deutscher Medien entsteht der Eindruck, das Land sei vom Musterschüler der demokratischen Transformation zum Versetzungsgefährdeten herabgestuft worden. Anlass zur Kritik gaben insbesondere die Maßnahmen der gegenwärtigen PiS-Regierung zur Machtsicherung in den Bereichen der Judikative, der öffentlich-rechtlichen Medien und dem öffentlichen Dienst. Auch europäische Institutionen zeigten sich über die Entwicklung des Landes besorgt. Am 19. Januar 2016 musste die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło im Europäischen Parlament erklären, dass Polen die demokratischen Grundprinzipien respektiere und einhalte. Innenpolitisch steht die Regierung ebenfalls unter Beschuss. Entlang der Definition über den Zustand des polnischen Rechtsstaats brach ein Graben auf, der die seit Jahrzehnten bestehende Spaltung der polnischen Gesellschaft und der politischen Lager des Landes deutlich sichtbar machte. Diese Spaltung wird noch von einem weiteren Faktor bestimmt – dem Verhältnis zur Geschichte.

Mitte Februar wurden die Verwerfungen innerhalb Polens noch verschärft. Mit der Veröffentlichung der Akten des kommunistischen Sicherheitsdienstes (Służba Bezpieczeństwa - SB), die belegen sollen, dass der legendäre Anführer der Solidarność-Gewerkschaft und ehemalige Staatspräsident Polens, Lech Wałęsa, Spitzel der Geheimpolizei gewesen sei, wurde auch die unblutig herbeigeführte demokratische Revolution in Polen zum Streitpunkt zwischen Regierung und Opposition. Władysław Frasyniuk, eine der Hauptfiguren der ehemaligen Solidarność-Bewegung, pointierte in einem Interview für Newsweek (9/2016), die Rechte wolle die polnische Geschichte umschreiben und bezeichnete alle diejenigen, die Wałęsa beschuldigen, als kleinkariert. Die politischen Opponenten der PiS protestierten, die Regierung schände Nationalhelden und rief zu Demonstrationen gegen den vermeintlichen Urheber der Affäre auf. Dieser sei Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der PiS. Deutlich brachte dies die ehemalige Teilnehmerin des Streiks von 1980 und jetzige Abgeordnete der PO, Henryka Krzywonos zum Ausdruck. Während der Solidaritätsbekundung für Lech Wałęsa in Danzig am 28. Februar 2016, zu der sich mehrere tausend Menschen zusammenfanden, skandizierte sie „Weg mit dem Stöpsel!“. Gemeint war Jarosław Kaczyński.

Der von der PiS aufgestellte Staatspräsident Duda hingegen sagte im Interview für das Online-Portal wp.pl, die Affäre „Bolek“ stelle Fundamente der III. Republik (Polen nach 1989) in Frage, da die SB-Akten zur Erpressung Wałęsas genutzt worden sein könnten und delegitimiere damit den demokratischen Umbruch. Polens Rechte sieht in der vermeintlichen Zusammenarbeit Wałęsas mit dem SB vor allem mögliche kompromittierende Auswirkungen auf seine spätere Tätigkeit als Oppositionsführer und als erster frei gewählter Präsident der III. Republik.

Aus den unterschiedlichen historischen Interpretationen lassen sich generell zwei gegensätzliche Narrative herauslesen. Auf der einen Seite präsentiert die jetzige Opposition im Sejm, also die Bürgerplattform (PO), die neu gegründete liberale Partei Nowoczesna und die Bauernpartei (PSL), das letzte Vierteljahrhundert Polens mit Stolz als eine Erfolgsgeschichte. Auf der anderen Seite sieht die regierende PiS und die Anti-Establishment-Partei Kukiz15 in der Entstehung des politischen Systems nach 1989 einen „Geburtsfehler“. In diesen unterschiedlichen Erinnerungskulturen gelten verschiedene Helden-Pantheons und Lech Wałęsa spielt darin, je nach politischer Position, eine positive oder negative Rolle. Treffend wurde in der Publizistik der vergangenen Wochen bemerkt, dass es sich bei der ganzen Auseinandersetzung in erster Linie nicht um die Person Wałęsas oder um die Aufarbeitung der historischen Tatsachen handele, sondern vielmehr um einen Kampf um die Deutungshoheit über die polnische Zeitgeschichte, die von beiden Seiten für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert werde. Das Verhältnis zur Geschichte (und hiermit mittelbar zu Wałęsa) prägt das politische Handeln der regierenden PiS und ihre Vorstellung des „guten Wandels“ in Polen.

Lech Wałęsa und der SB


Auslöser des neuentflammten Streits über die polnische Geschichte war ein grotesker Vorfall mit weitreichenden Auswirkungen. Am 16. Februar 2016 hatte die Witwe des Generals Czesław Kiszczak, ehemaliger Innenministers und Chef der SB, dem Institut für Nationales Gedenken (IPN), das für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur zuständig ist, Akten des Geheimdienstes aus dem Nachlass ihres Mannes für 90 000 Zloty (etwa 21 000 Euro) zum Verkauf angeboten. Zu dem „Geschäft“ ist es jedoch nicht gekommen. Die Akten wurden von der Staatsanwaltschaft sichergestellt und dem IPN überreicht. Bemerkenswert war, dass sich in den Akten mehrere hundert Seiten von Berichten fanden, die von einem inoffiziellen Mitarbeiter mit dem Decknamen „Bolek“ verfasst worden waren. Der Agent „Bolek“ soll angeblich Lech Wałęsa gewesen sein. Laut diesen Dokumenten habe er in den Jahren 1970 – 1976 der Staatssicherheit gegen Bezahlung Informationen geliefert und seine Kollegen aus dem Untergrund denunziert.

Obwohl der Verdacht, Wałęsa sei Zuträger der SB gewesen, nicht neu ist und eine längere Vorgeschichte hat, wurde dieser bislang nicht eindeutig bestätigt. Im Gegenteil, nachdem Wałęsa 2005 einen Antrag stellte, als Opfer des kommunistischen Geheimdienstes anerkannt zu werden, bestätigte das IPN diesen Status. Drei Jahre später jedoch veröffentlichte dasselbe Institut ein Buch der Historiker Sławomir Cenckiewicz und Piotr Gontarczyk, in dem sie anhand der im IPN aufbewahrten Dokumente die Zusammenarbeit Wałęsas mit dem SB nachwiesen. Anzumerken ist hierbei, dass die Personalakte Wałęsas unvollständig war (mehr dazu im unteren Teil des Textes) und sich beide Historiker bei ihrer Arbeit lediglich auf Indizien und indirekte Quellen stützten. Zudem brachte die Archivforschung des IPN zu Tage, dass der SB in den 80er Jahren gezielt Dokumente fingierte, um Wałęsa im In- und Ausland zu diskreditieren. Zurzeit wird der neueste Fund des IPNs aus der „privaten Sammlung“ General Kiszczaks auf seine Authentizität überprüft.

Wałęsa selbst äußerte sich nie eindeutig zu den Vorwürfen. In seiner Autobiographie von 1990 gab er jedoch zu, nach den Arbeiterprotesten 1970 „nicht völlig sauber“ aus der Haft entlassen worden zu sein. Zugleich aber bestritt er jegliche Vorwürfe der Kollaboration mit dem Geheimdienst, die seitens einiger Anführer der Arbeiterproteste und Mitgründer der Solidarność, wie Anna Walentynowicz und Andrzej Gwiazda, erhoben wurden. 2005 klagte er gegen den ehemaligen Solidarność-Aktivisten und jetziges Mitglied der PiS, Krzysztof Wyszowski, wegen Persönlichkeitsverletzung. Zu den neuesten Vorwürfen äußerte sich Wałęsa wie zuvor. Die vor kurzem ans Tageslicht gekommenen Akten seien eine Fälschung und ihre Veröffentlichung Teil einer Diffamierungsstrategie Kaczyńskis (Interview für „Die Welt“, 1. März 2016).

Wałęsas und Kaczyńskis politischer Werdegang

Die gegenseitige Abneigung zwischen Wałęsa und Jarosław Kaczyński hat eine lange Vorgeschichte und ist in Polen allgemein bekannt. Sie hatten gemeinsam in der antikommunistischen Opposition gearbeitet und in der darauffolgenden Transformationsphase kreuzten sich ihre Wege abermals. So hatte sich der promovierte Jurist Jarosław Kaczyński schon in den 70er Jahren der demokratischen Opposition angeschlossen und war ab 1980 zusammen mit seinem Zwillingsbruder, dem späteren Staatspräsidenten Lech Kaczyński, in der Solidarność-Gewerkschaft aktiv. Zu dieser Zeit gehörten die Kaczyńskis zu den engsten Mitarbeitern Wałęsas. Beide nahmen 1989 als Repräsentanten der Solidarność an den Gesprächen am „Runden Tisch“ teil. Hier wurde das Übereinkommen mit der kommunistischen Führungsriege ausgehandelt, welches der Wende in Polen den Weg bereitete. In den darauffolgenden halbfreien Wahlen wurde Jarosław Kaczyński zum Senator gewählt und übernahm




1990 die Leitung des Präsidialamtes des Staatspräsidenten Lech Wałęsa. Gleichzeitig bezog er an der Seite Wałęsas im Konflikt innerhalb des Post-Soldiarność Lagers Stellung. Kaczyński wurde zum Gesicht des rechten Flügels und positionierte sich eindeutig gegen die linke Fraktion der ehemaligen Solidarność, dessen führender Ideologe Adam Michnik, Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ (einer der wichtigsten und größten meinungsbildenden Tageszeitungen Polens), war. Als Befürworter einer schnellen Entkommunisierung, emanzipierte er sich von seinem Vorgesetzten, gründete eine eigene Partei, „Porozumienie Centrum“ (kurz PC, dt. das „Einigungszentrum“) und verließ aufgrund von Meinungsverschiedenheiten 1991 das Präsidialamt. Ab diesem Zeitpunkt hatten sich die Wege Kaczyńskis und Wałęsas endgültig getrennt. Auf die anfängliche Zusammenarbeit sollten heftige öffentliche Auseinandersetzungen folgen. Grund hierfür waren eben die Vermutungen über die Zusammenarbeit Wałęsas mit dem Geheimdienst, die bereits Anfang der 90er Jahre in die Öffentlichkeit hinein getragen wurden.

1992 beauftragte der Sejm die Regierung damit, eine Liste derjenigen inoffiziellen Mitarbeiter der SB aus der Zeit von 1945 – 1990 zu erstellen, die nunmehr hochrangige Posten in der Politik und Verwaltung innehatten. Daraufhin überreichte der damalige Innenminister Antoni Macierewicz, gegenwärtiger Verteidigungsminister in der PiS-Regierung, am 4. Juni 1992 dem Parlament eine Zusammenstellung von 66 Namen. Darunter waren Abgeordnete, Minister und Staatssekretäre, wie auch der amtierende Staatspräsident Wałęsa, der im Mitarbeiterverzeichnis der SB als „Bolek“ aufgeführt war, vertreten. Kurz darauf versandte das Präsidialamt eine Presseinformation an die Polnische Presseagentur, in der Wałęsa gestand, er habe eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit der SB unterschrieben. Innerhalb von zwei Stunden wurde diese jedoch wieder zurückgezogen. Stattdessen stellte der Staatspräsident einen Antrag zur Abberufung des Kabinetts. Nur 15 Stunden nach der Veröffentlichung der s.g. „Macierewicz-Liste“ sprach der Sejm in einer Nachtsitzung vom 4. auf den 5. Juni das Misstrauen gegenüber der Regierung aus. Der Versuch das Lustrationsverfahren, Entfernung ehemaliger SB-Mitarbeiter aus öffentlichen Ämtern, einzuleiten, war damit für mehrere Jahre begraben. Erst 1997 war es möglich, einen Kompromiss zur Aufarbeitung der Geheimdienstakten zu finden und das Lustrationsgesetz zu verabschieden. Damit wurden hohe Beamte und Politiker verpflichtet, Auskunft über eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem SB zu geben. Eine Strafverfolgung war aber nicht vorgesehen.

Wałęsa hatte, noch als Staatspräsident, die ihn betreffenden Dokumente aus den IPN-Beständen ausgeliehen. Später wurde jedoch festgestellt, dass mehrere Seiten in den zurückgegebenen Akten fehlten. Aus diesem Grunde warfen einige Historiker Wałęsa vor, er selbst habe die kompromittierenden Dokumente entfernt, eine Behauptung, die der Betroffene als Provokation zur Diskreditierung seiner Person abwehrte.

Aufgrund der Tatsache, dass die Veröffentlichung der „Macierewicz-Liste“ ohne Konsequenzen für die implizierten Personen blieb, organisierten rechte Parteien 1993, u.a. die PC unter Leitung von Jarosław Kaczyński, mehrere Demonstrationen gegen Wałęsa. Auf einer von ihnen wurde eine mit dem Schild „Bolek“ versehene Puppe verbrannt. Unter der polnischen Rechten erhielt die These, Wałęsa wäre von den Kommunisten benutzt worden und die Verhandlungen am „Runden Tisch“ hätten keinen tatsächlichen demokratischen Umbruch bewirkt, immer mehr Anhänger. Das in diesem Milieu populäre Narrativ, nachdem der SB sich weiteren Einfluss im postkommunistischen Polen gesichert hätte und zu viele Zugeständnisse gegenüber den alten Machthabern gemacht worden sind, wurde auch von Kaczyński vertreten. Ab diesem Moment wurde die Haltung zum Umgang mit den Hinterlassenschaften des alten Regimes zum politischen Identifikationsmerkmal.

Trotz der starken Polarisierung der Öffentlichkeit zum Thema Aufarbeitung des Kommunismus, scheiterte die Partei Kaczyńskis in den kommenden Parlamentswahlen 1993 an der Fünf-Prozent-Hürde und wurde seitdem vom politischen und



medialen Mainstream marginalisiert. Er sollte in den nächsten Jahren keine wesentliche Rolle in der Politik spielen und erst 1997 gelang es ihm wieder in den Sejm einzuziehen, diesmal jedoch als gewöhnlicher Abgeordneter ohne eigene Parteibasis.


Auch Lech Wałęsa gelang es nicht, die Präsidentschaftswahlen 1995 für sich zu entscheiden und er zog sich aus der aktiven Politik zurück. Im Verlauf der nächsten Jahre nahm das linksliberale Umfeld der „Gazeta Wyborcza“ den Beschuldigten Wałęsa immer wieder in Schutz. So unterstützen ihn auch die ehemaligen Kollegen aus der Solidarność, mit denen er sich Anfang der 90er Jahre zerstritten hatte (u.a. Tadeusz Mazowiecki, Bronisław Geremek), indem sie Wałęsas Beitrag zur friedlichen Revolution in Polen betonten. Die Verteidigungsstrategie bezüglich seiner Person nahm je nach Zeit und Kontext drei Gestalten an: Generelle Leugnung der Zusammenarbeit, Schweigen und Verdrängung des Themas bzw. Relativierung der Kooperation mit dem SB. Diejenigen, die den Erfolg der Transformation von 1989, die im Einvernehmen zwischen den aufgeklärten Eliten der kommunistischen Partei und der Solidarność durchgeführt worden ist, leugneten, wurden als rechtsradikale Fanatiker bezeichnet, die nicht ernst zu nehmen und vom öffentlichen Diskurs auszuschließen seien.

Mit dem Wiedereinzug Kaczyńskis 2005 auf die große politische Bühne kam es jedoch zu einer Kehrtwende. Seine Partei, die einige Jahre zuvor gegründete PiS, stellte eine Koalitionsregierung, er selbst wurde Ministerpräsident Polens. Ein Hauptprojekt seines Kabinetts war es, den Lustrationsprozess auf weitere Berufsgruppen (u.a. Richter, Journalisten, Hochschullehrer) auszuweiten. Im Falle nachgewiesener Zusammenarbeit mit dem SB drohte der Verlust des Arbeitsplatzes sowie die drastische Kürzung der Rente. Das Verfassungsgericht aber erklärte das von der PiS ausgearbeitete Gesetz für verfassungswidrig. Die turbulente Legislaturperiode endete 2007 mit vorgezogenen Parlamentswahlen, die mit einem eindeutigen Sieg der Bürgerplattform (PO) ausgingen.

„Imponderabilien“ – das Politikverständnis nach Kaczyński

Bei den jüngsten Wahlen im Oktober 2015 konnte die PiS die absolute Mehrheit im Sejm erringen und war, nachdem sie acht Jahre die Oppositionsbank drückten, im Stande, die Regierung im Alleingang zu bilden. Die Ämter des Staatspräsidenten und des Premierministers wurden mit eher unerfahrenen Politikern besetzt, die in der Partei keinen eigenen Rückhalt haben. Damit sichert sich der Parteichef ihre Loyalität und den Einfluss auf die Exekutive. Weder in der Fraktion, noch im Vorsitz des Sejms hat Kaczyński ein offizielles Amt inne. Er setzt hier auf alte Kameraden, die ihn in der Politik seit Jahren treu begleiten. Seine führende Rolle in der Partei ist und war jedoch unbestritten. In all seinen bisherigen Funktionen zeigte sich Jarosław Kaczyński als wenig konsensfähiger Politiker. Seine Anhänger bezeichnen ihn als unerschütterlich und ideentreu, seine Gegner beschreiben ihn als verbissen und auf Verschwörungstheorien fixiert. Für Kaczyński ist die Politik eine Auseinandersetzung des Guten mit dem Bösen, die von Imponderabilien (unwägbar Gegebenheiten) bestimmt wird. In dieser dualistischen Perspektive werden Schattierungen und einer differenzierten Politik im Rahmen eines Modus vivendi wenig Platz eingeräumt. Was aber will der einflussreiche Parteivorsitzende erreichen?

Kaczyński beabsichtigt, den Staat tiefgreifend zu verändern und die „Geburtsfehler“ der demokratischen Wende zu beheben. Dabei sei er, was er mehrmals unterstrich, ein Demokrat, der Polen unter den westlichen Demokratien sieht. Zudem bekundete Kaczyński, er sei ein erklärter Befürworter der Rechtstaatlichkeit. Diese Aussagen stehen jedoch im Widerspruch zu seinem Handeln, vor allem in Bezug auf die Verweigerung, Beschlüsse des Verfassungstribunals anzuerkennen und auszuführen (darüber wurde bereits ausführlich in den Medien berichtet). Dieses Paradox lässt sich folgendermaßen erklären: nach Auffassung Kaczyńskis gedieh auf dem Boden



der schlechten Kompromisse des „Runden Tisches“ ein System, das viele korrupte Eigenschaften des Vorgängers, in dem ehemalige Mitarbeiter der SB Schlüsselpositionen in der Politik, Wirtschaft, und den Medien besetzen, übernahm. Zwar räumen auch politische Gegner Kaczyńskis ein, dass die kommunistischen Eliten über Ressourcen, Kapital und Wissen verfügten, welche anderen Polen nicht zugänglich waren. Dies habe ihnen einen gewissen Vorsprung im Übergang zur Marktwirtschaft und Profite bei der Privatisierung staatlicher Unternehmen gebracht. Doch wie stark sich diese Vorteile auf die Entstehung des heutigen Staates auswirkten, ist umstritten und wird von den beiden politischen Lagern unterschiedlich bewertet. Laut Kaczyński könne sich das Potential der Polen in diesem „degenerierten System“ nicht frei entfalten. Es gelte daher, das System zu stürzen und ein neues aufzubauen. Seine Vorstellung eines „erneuerten“ und „unabhängigen“ Polens wurde in der Publizistik oft als „IV. Republik“ bezeichnet.

Nach Auffassung von Jarosław Kaczyński muss seine Partei nach der Machtübernahme zu außerordentlichen Mitteln greifen. Er geht davon aus, dass die alten Interessengruppen ihre Stellungen verbissen verteidigen werden. Diese These soll durch das Vereiteln früherer Versuche, den *status quo* anzutasten, belegt werden. Gemeint sind: die Abberufung der von Kaczyński unterstützten Regierung im Schnellverfahren nach dem gescheiterten Lustrationsversuch 1992, seine jahrelange Marginalisierung durch die etablierten Eliten und die Ablehnung des Lustrationsgesetzes durch das Verfassungsgericht 2007. Für Kaczyński scheint es so, als stünde die ganze Welt gegen ihn. Er selbst spielt selbstverständlich den Kämpfer für die rechte Sache in einem feindlichen Umfeld voller Widersacher. Um einer Konteroffensive der politischen Gegner zuvorzukommen, wurden deshalb die eingangs erwähnten Gesetze im Eiltempo verabschiedet. Für die Idee einer moralischen Erneuerung ist Jarosław Kaczyński bereit, selbst das Recht zu beugen. Für rechte Kommentatoren steht die Gerechtigkeit über dem Recht, so bedienen sie sich der *Maxime lex iniusta non est lex* – siehe den Fall „Verfassungskrise“.


Im Kern des Wertesystems der PiS steht die Gerechtigkeit. Die Notwendigkeit der Rückbesinnung auf eine Gesellschaft, die auf Gerechtigkeit fußt, wird hier anhand der Dichotomie der sozialen Ungleichheit sowie historischer Sinnbilder dem Volk veranschaulicht.

Historische Sinnbilder

Kaczyńskis Vorstellung von Polen wird von einem traditionellen und zugleich romantischen Patriotismus bestimmt. Die Vaterlandsliebe wird in der polnischen messianischen Tradition (die vor allem in der Dichtung des 19. Jahrhunderts Ausdruck findet) in einer besonderen Aufopferung artikuliert. Aus dieser zieht er seine politischen Schlussfolgerungen, die zum großen Teil auf historischen Erfahrungen, bspw. auf dem Kult der polnischen Befreiungskriege, beruhen. Polens Geschichte ist gekennzeichnet von Kriegen, Revolutionen und großen Opfern. Für mehr als ein Jahrhundert verlor der Staat die Souveränität, die erst 1918 wiedererlangt worden ist. Knapp zwei Jahrzehnte danach brach der Zweite Weltkrieg aus, der zu einer brutalen Okkupation des Landes führte. Nach der deutschen kam die sowjetische Besatzung.

Gemäß der neuen Geschichtspolitik sollen die „Symbole der Unterwerfung“ nun durch andere Deutungsträger ersetzt werden. Die Opfer des Warschauer Aufstandes 1944 oder der Sowjetisierung nach 1945 treten hierbei in den Vordergrund und die einst verfemten Helden, die in der kommunistischen Geschichtsschreibung als klassenfeindliches Element diffamiert wurden, sollen in das Zentrum der kollektiven Erinnerung gerückt werden.

So wichtig wie der Topos des Helden, ist das Sinnbild des Verräters. Dieses ist in der polnischen Kultur und Literatur tief verankert und bezieht sich auf diejenigen, die



sich gegen den Reformkurs des Staates stellten oder mit den feindlichen Nachbarmächten kollaborierten. Ziel der Geschichtspolitik der PiS, ähnlich wie für die anderen rechten Parteien in Europa, ist es, eine Gemeinschaft um patriotische Werte zu versammeln. Von der Gesellschaft wird erwartet, sich für oder gegen das historische Narrativ der PiS zu entscheiden. Diejenigen, die den Kurs Jarosław Kaczyńskis nicht annehmen, werden als keine „echten Patrioten“ angesehen. Somit werden sie in das Feindbild der Verräter gedrängt.


In der PiS-geläufigen Erzählweise wird Wałęsas korruptes Verhältnis zu der SB mit dem kollektiven Heroismus der Volksauflehnung von 1980, also der ersten und pluralistischen Massenbewegung der Solidarność, entgegengestellt. So seien die Symbole und Attribute der Solidarność von einer kleinen Gruppe ehemaliger Menschenrechtler angeeignet worden. Andere, wie die bereits erwähnte Anna Walentynowicz (ihre Entlassung aus der Leninwerft in Danzig führte zu den Streiks und im Endeffekt zur Gründung der ersten freien Gewerkschaft Solidarność) oder Andrzej Gwiazda, seien aus diesem elitären Kreis ausgeschlossen worden. Allein der Vergleich der mickrigen Rente der in Armut lebenden Heldin Walentynowicz mit den um ein Vielfaches höheren staatlichen Zuwendungen für ehemalige Offiziere der Militärjunta, die das Kriegsrecht 1981 verhängte, seien Ausdruck der sozialen und historischen Ungerechtigkeit. Viele Polen teilten diese Wahrnehmung und Kaczyński präsentierte sich hier als Vertreter der Unterdrückten und vom wirtschaftlichen Erfolg ausgestoßenen Menschen.

Die Ambivalenz der Gründungsmythen

Ihren Bezugspunkt für die Reform des Staates sieht die Rechte in einem idealisierten Bild Polens in der Vergangenheit. In seinem Staatskonzept knüpft Kaczyński an das Model des neuzeitlichen polnischen Republikanismus an. In der polnischen Tradition wird mit diesem Begriff ein aufrichtiger Patriotismus sowie ein unabdingbares Beharren auf der Idee der Freiheit verbunden. Dieses Konzept kennen alle Polen aus der schulischen Pflichtlektüre und dem Volksepos über die Adelsrepublik der Sarmaten. Auf der anderen Seite des politischen Diskurses konzentrieren sich die Opponenten der PiS auf die Gegenwart. Ideen, Archetypen und nationale Mythen der Vergangenheit sind für die Bürgerplattform und den Großteil liberaler Medien etwas Archaisches, Rückständiges und mit der Globalisierung, dem Konsumismus und Wirtschaftswachstum unvereinbar. Sie setzen auf den individualbezogenen Erfolg und definieren die Gemeinschaft eher mit dem pathoslosen Begriff Zivilgesellschaft, der nicht vordergründig mit kulturellen und historischen Merkmalen belegt ist.

Die historische Erinnerung an den verlorenen Ruhm der Blütephase Polens und die Leidensgesichte des 19. und 20. Jahrhunderts ist immer noch sehr lebendig in der Gesellschaft. Hieraus erwachsen identitätsstiftende Ideen der Souveränität und der Freiheit, die bestimmte subjektive und nationale Bedürfnisse nach Selbstbestimmung und Geltung implizieren. Den Glauben der Polen an eine Selbstverwirklichung, nicht nur in einem engen individuellen, sondern vor allem in einem breiten gemeinschaftlichen Sinne, übertrug Kaczyński in seine politische Rhetorik. Anknüpfend an die höhere Ambitionen der Polen versprach er ihnen eine Steigerung des Ansehens und des eigenen Selbstwertgefühls. Dieses ebnete möglicherweise sogar den Weg für den Wahlsieg der PiS.

In pluralistischen Gesellschaften findet andauernd ein Machtkampf um die Deutungen statt. Viele Historiker bezeichnen ihn als einen für die Demokratie notwendigen Wettstreit der Erinnerungen. Ob es der Partei von Jarosław Kaczyński gelingt, sich mit ihrem Narrativ im kollektiven Geschichtsbewusstsein, bzw. in der breiten Erinnerungskultur, zu etablieren, wird die Zeit zeigen. Statistische Daten geben 100 Tage nach den Wahlen ein gemischtes Bild ab. Die PiS genießt den Umfragen zufolge den



Zuspruch von etwa einem Drittel der Polen und bleibt damit die stärkste Partei. Auf der anderen Seite bezeichnen, nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IBRiS vom 29. Februar (also nach der Veröffentlichung der SB-Akten aus Kiszczaks Nachlass), noch 64 % der Befragten den ehemaligen Oppositionsführer Lech Wałęsa weiterhin als Volkshelden. Es scheint, als sei die Auseinandersetzung um die polnische Vergangenheit noch lange nicht entschieden.